

# Wilsdruffer Tageblatt

Wochenblatt für Wilsdruff  
und Umgegend.  
Erscheint seit dem Jahre 1841.

Amts-Blatt

Das "Wilsdruffer Tageblatt" erscheint täglich, mit Ausnahme der Feiertage und Sonn- und Festtagen, von 6 bis 12 Uhr für den folgenden Tag. / Preis pro Quartal 3,00 Mk. / Einzelhefte 10 Pf. / Werbung 20 Pf. / Anzeigen 30 Pf. / Inserate 40 Pf. / Bestellungen an den Verleger, Wilsdruff, Markt 10. / Preis für den Abnehmer 1,50 Mk. / Druck und Vertrieb durch den Verleger, Wilsdruff, Markt 10. / Verantwortlich: Wilsdruff, Markt 10. / Druckort: Wilsdruff, Markt 10. / Druckzeitung: Wilsdruff, Markt 10.

Wilsdruff, Markt 10. / Preis für den Abnehmer 1,50 Mk. / Druck und Vertrieb durch den Verleger, Wilsdruff, Markt 10. / Verantwortlich: Wilsdruff, Markt 10. / Druckort: Wilsdruff, Markt 10. / Druckzeitung: Wilsdruff, Markt 10.

für die Königliche Amtshauptmannschaft Meißen, für das Königliche Amtsgericht und den Stadtrat zu Wilsdruff sowie für das Königliche Forstrentamt zu Tharandt. Postfach-Konto: Leipzig Nr. 26614.

Nr. 161. Sonnabend den 13. Juli 1918. 77. Jahrg.

Der amtliche Teil befindet sich auf der 4. Seite.

## Graf Hertling vor dem Hauptauschuß.

### Das Interesse der Arbeiter am Siege.

Alle Schichten des deutschen Volkes, und ganz besonders die arbeitenden Klassen sind am Siege unserer Waffen im höchsten Grade interessiert. Das geben unseren Arbeitern ihre Kollegen im feindlichen Ausland zu genung und hinreichend deutlich zu verstehen. Man braucht gar nicht die Reden der englischen und französischen Staatsmänner zu lesen, um zu begreifen, daß nur unser Sieg ein für den Arbeiter erträgliches Los bedingen kann; möhin unsere Arbeiterkraft gebracht werden soll, das erfahren wir ebenfalls aus den Worten und Taten der Arbeiter jener Länder. Ohne Sieg gehen uns die Kolonien unwiederbringlich verloren; ohne Sieg haben wir nicht die Möglichkeit, die für unsere Industrie unbedingt erforderlichen Rohstoffe aus überseeischen Ländern herbeizubringen; ohne Sieg können wir nicht die Kohlen- und Erzlager westlich vom Rhein, durch deren Besitz wir vom Ausland bis zu gewissem Grade unabhängig sein können, halten und im Dienste unserer Industrie ausbauen; ohne Sieg sind wir nicht fähig, dem Weltmarkt unsere Erzeugnisse, die Frucht unserer wertvollen Arbeit, zuzuführen und damit als gleichberechtigte und gleichwertige Konkurrenten anderer Völker unsere Existenz zu behaupten.

Was uns bevorsteht, wenn wir nicht siegen, offenbart sich deutlich in dem unbrüchlichen Willen unserer Gegner, und bei ihnen in ganz heroischer Weise gerade der Arbeiterkraft, den Krieg bis zum Siege fortzuführen. Sie wollen uns auf die Knie zwingen, um uns in der Gemeinschaft der Völker zu entrechten; hat doch erst kürzlich ein Mitglied des englischen Oberhauses ausgesprochen: "Wenn wir einen Weltgerichtshof haben werden, so ist es theoretisch selbstverständlich, daß der Bund alle Staaten einschließen muß; aber der Gedanke, daß Deutschland in einem solchen Bund aufgenommen wird, ist schwer zu denken." Und neben dieser Entschlossenheit steht für uns die Verflüchtung, die Bedrückung, die Verelendung in ihrer ausgedehnten Form. Wohin soll der deutsche Arbeiter gelangen, wenn Rohstoffe fehlen, wenn Abgabengebiete verschlossen sind, wenn auf Grund und Aushube von den mehrbeherrschenden Gegnern Zölle gelegt werden, die eine lohnende Arbeit einfach ausschließen? Wenn Rohstoffe fehlen, müssen ganze Zweige unserer Industrie stillgelegt werden, und viele Tausende von Arbeitern haben kein Brot. Durch Abwanderung in andere Industrien würde das Arbeiterangebot dort so gesteigert, daß die Löhne dadurch außerordentlich gedrückt werden müßten. Rohstoffmangel ist für unsere Arbeiterkraft ein unerträgliches Unglück.

Sind aber Rohstoffe da und uns fehlen die Abgabengebiete, dann tritt ganz dasselbe ein; die Industrien können nicht weiterarbeiten, da ihre Erzeugnisse keine Käufer finden. Und besides, Rohstoffmangel und Fehlen von Abgabengebieten tritt ein, wenn es den Feinden möglich ist, durch hohe Zölle unseren Handel lahmzulegen. Diese Möglichkeit aber können wir ihnen nur nehmen, wenn wir sie reflexlos besiegen, so daß wir sie zu den für uns erforderlichen Handelsbeziehungen zwingen. Machen wir Frieden, ehe wir den Sieg errungen haben, dann begehen wir gerade an der Arbeiterkraft das allergrößte Unrecht.

Aber es ist uns ja gar nicht möglich, vor dem Siege Frieden zu schließen, da unsere Feinde nicht bereit sind, den Krieg zu beenden, bevor sie ihrerseits uns besiegt haben. Sie sind sich dessen bewußt, daß den Arbeitern nur desjenigen Landes ein erträgliches Los bevorsteht, das aus diesem Ringen unbesiegt als der Ueberlebende hervorgeht. Vor kurzem kam aus französischem Munde das Bekenntnis, Frankreich sei durch seine Verbündeten gezwungen, den Krieg bis zum siegreichen Ende durchzuführen, es scheue von der Wahl: Sieg oder Hunger. Und so eigenmächtig es auch klingen mag, wir befinden uns mit Frankreich in der ganz gleichen Lage; auch für uns heißt es: Sieg oder Hunger! Es ist eben kein "Krieg, von dem die Krone wissen". Es ist ein Ringen um die tatsächliche Existenz der besiegten Völker des Kontinents; England hätte die Möglichkeit, den Krieg vorzeitig abzubrechen, England und mit ihm Amerika. Wenn diese beiden Länder zum Friedensschluß bereit wären, ohne den Sieg errungen zu haben, so würden die ihnen erwachenden Nachteile nicht in dem

Maße unerträglich sein wie bei uns, die wir von dem Gespenst des Wirtschaftskrieges nach dem Kriege besonders bedroht werden. Wir können erst dann das Schwert aus der Hand legen, wenn wir den Gegner durch entscheidenden Sieg die Möglichkeit zum Wirtschaftskriege entmunden haben.

Was der Vorsitzende der englischen Arbeiterpartei Buxton am 20. Juni als für die englischen Arbeiter maßgebend hinstellte, das trifft mit weit größerer Berechtigung auf die deutsche Arbeiterkraft zu und sollte von dieser ganz besonders beherzigt werden: "Alle Hoffnung auf die Schaffung besserer sozialer und beruflicher Lebensbedingungen nach dem Kriege haben den Sieg zur Voraussetzung."

### Graf Hertling vor dem Hauptauschuß.

Erklärungen über die politische Lage.

Berlin, 11. Juli.  
Am Hauptauschuß des Reichstages wurde heute zunächst die Beratung über die Landgesellschaft Westmark, die aufgehoben werden soll, zu Ende geführt. Dann standen die Kriegskredite auf der Tagesordnung. Dabei nahm der Reichskanzler Graf v. Hertling das Wort zu meist vertraulichen Ausführungen.  
Graf Hertling erklärte, daß der Wechsel in der Leitung des auswärtigen Amtes an dem Starke der gesamten Reichspolitik nicht das geringste ändern werde. Sowohl die innere wie die äußere Politik des Reiches werde sich nach wie vor auf den Bahnen bewegen, die in den früheren Erklärungen des Kanzlers vorgezeichnet waren.  
Soweit der Wille der Regierung in Betracht komme, seien in politischer Hinsicht alle gegebenen Zusagen eingehalten worden. Die Regierung werde auch mit voller Energie auf der Durchführung der in die Wege geleiteten Reformen bestehen und diese zu Ende führen.

### Unveränderte Friedensbereitschaft.

Der Kanzler fuhr fort: Nach außen hin sei die Reichspolitik programmatisch in der Antwort auf die Friedensnote des Papstes festgelegt. Aller Welt sei die ehrliche Friedensbereitschaft der deutschen Regierung seit langem bekannt. Es habe sich daran auch weder bisher etwas geändert, noch werde dies in Zukunft geschehen. Demgegenüber stehe aber die Tatsache fest, daß der Vernichtungswille der Feinde nach wie vor auf die härteste hervortrete, zuletzt erst wieder in den Reden von Wilson und Balfour. So lange darin kein Wandel geschehe, seien wir zum Weiterkämpfen um unsere Freiheit und Wohlfahrt genötigt. In der Bereitwilligkeit, auf wirklich ernste Verhandlungsversuche der uns feindlichen Mächte einzugehen, sei aber die politische Reichsleitung mit der Obersten Seeresleitung vollkommen einig.

### Off- und Hofffragen.

Der Kanzler berührte dann noch im einzelnen die Zukunftsprobleme im Osten und Westen, und kam dabei zu dem Ergebnis, daß das Regierungsprogramm sich nach beiden Richtungen hin mit den Erklärungen decke, die schon im November 1917 abgegeben und von der überwiegenden Mehrheit des Reichstages gebilligt worden seien.

### Kühlmanns Rücktritt.

Die anderweitige Velezung des Auswärtigen Amtes sei nicht auf tatsächliche Meinungsverschiedenheiten, sondern nur auf Erwägungen persönlicher Art zurückzuführen über die der Kanzler vertraulich nähere Aufschlüsse gab. Der als Nachfolger des Staatssekretärs v. Kühlmann in Aussicht genommene Gesandte v. Hunge habe die bindende Erklärung abgegeben, daß er in jeder Hinsicht die bisherige Politik des Reichskanzlers mitmachen werde.

### Der Eindruck bei den Parteien.

Vizekanzler v. Beyer hatte bereits zu Eröffnung der Sitzung darauf hingewiesen, daß die Mitteilungen des Kanzlers und demgemäß auch die Erklärungen der Auschusmitglieder vertraulich seien und dementsprechend auch in der Presse behandelt werden müßten. Aus Reichstagskreisen wird mitgeteilt, daß die Rede des Grafen Hertling einen durchaus günstigen Eindruck hinterließ. Die Ausführungen des Abgeordneten Scheidemann (Soz.) waren zwar scharf, doch war ihnen zu entnehmen, daß an einen Bruch mit der Regierung und der Reichstagsmehrheit in seinen Kreisen nicht gedacht wird. Der Centrumsabgeordnete Gröber erteilte dem Kanzler vorbehaltlos ein Vertrauensvotum. Abgeordneter Fischel, der für die Fortschrittler sprach, war nicht ganz so zuversichtlich. Die Erklärungen der andern Parteien waren

kurz. Der Auschuß wird die Erörterung der Kanzlerrede am Freitag fortsetzen. Man hat allgemein den Eindruck, daß der Reichstag seine Arbeiten bis zum 13. d. Mts. erledigt haben und daß mit der Besetzung des Hauptauschußes die gegenwärtige Krise ihren Abschluß gefunden haben wird, sobald Herr v. Hunge, der mit dem Kanzler zusammen aus dem Hauptquartier in Berlin eingetroffen ist, amtlich als Nachfolger Herrn v. Kühlmanns ernannt sein wird.

### Krieg gegen Rußlands Frieden.

Die Mordmörder verhaftet.

Kopenhagen, 11. Juli.  
Aus Moskau wird gemeldet, die Mörder des deutschen Gesandten seien festgenommen worden. Die bekannte Spiridonowa, die zu den Führern der linken Sozialrevolutionäre gehört, hat nach ihrer Verhaftung gestanden, daß der Mordmord durch einen offiziellen Parteibeschluß veranlaßt worden ist.

Die russische Friedensdelegation in Kiew erhielt eine Drohung Lichitshewins, nach der der Mörder Blumkin freigesetzt. Er war der Vertrauensmann der Parteileitung der Linken in der Kommission zur Bekämpfung der Gegenrevolution, hatte als Kommissionsmitglied die Dokumente ausgearbeitet, die den Verfassern den Zutritt zu dem Gesandten Kirbach verweigerten, und hatte dann den von der Parteileitung diktierten Akt des Terrorismus befohlen.

### Was die Verbändler wollten.

Schweizer Blätter erfahren aus diplomatischen Kreisen: Da die Alliierten wissen, daß die amerikanische Hilfe zu spät eintreffen wird und die Deutschen ihre Offensivpläne im Westen durchführen werden, versuchen sie an der Weiterverfolgung militärischer Aktionen zu verhindern. Der erste Teil der Ententeoffensive bestand in der Propagandaoffensive gegen Österreich, die fehlschlug. Die zweite Phase, die sich in der Aufreizung Rußlands zu einem neuen Krieg mit Deutschland zeigt, steht jedenfalls vor einem Mißerfolg.

Die Entente hatte als Bedingung für eine Einmischung in russische Angelegenheiten eine Regierung unter Kerenskij verlangt, der Terentjew und vor allem Iswolski, der in Rußland als Vorkämpfer in Paris einer der ärgsten Kriegshetze war, angehören sollten. Nach dem Sturz der Bolschewisten sollten diese Russen mit englischen Schiffen an die Westfront gebracht werden und dort die Aufhebung des Brester Friedens und den Krieg ausrufen.

### Abgeblint.

In Paris konnte Kerenskij, weil dessen Erscheinen vor dem Parlamentarischen Ausschuss des Auswärtigen durch Clemenceaus Eintracht verhindert worden ist, nur erreichen, im sogenannten Verbeauschuß seinen Protest gegen den Brester Frieden anzubringen. Von der Verwaltungskommission der sozialdemokratischen Partei wurde Kerenskij in ein scharfes Kreuzverhör genommen, das ihn böse zerprügte. Man stellte ihm Fragen wie: "Was haben Sie, als Sie Herr von Rußland waren, getan, um Rußland zu retten? Sie haben unter den Einflüsterungen, die wir kennen, die Offensive angeordnet und nicht verhindert, durchzuführen, daß die Stockholmer Konferenz abgehalten wurde." Schließlich ergab sich, daß die französischen Sozialisten gegen Kerenskij und für die Bolschewisten Partei ergriffen, indem sie ein bewaffnetes Eingreifen des Bundes in Rußland verurteilten.

### Einer, der dazu lernte.

Wien, 11. Juli.  
Nach kleiner Meldung erklärte Miljukow, es beruhe auf einem Irrtum, wenn behauptet würde, er habe Deutschland eine förmliche Schutzherrschaft über Rußland angeboten. Er gehöre jedoch zu jener Minderheit innerhalb der Kadettenpartei, die beabsichtige, im Sinne einer Annäherung an Deutschland und Österreich-Ungarn zu wirken.

Miljukow, der einflussreichste Führer des russischen Bürgertums, bisher der treueste Freund der Westmächte, stellt sich hiermit auf den realen Boden einer nationalen russischen Politik: er lehnt den Brester Frieden nicht mehr unversöhnlich ab, sondern sucht seine Änderung durch eine Annäherung an Deutschland zu erreichen. Wenn Miljukow heute von einer Annäherung an Deutschland spricht, so bedeutet das, daß er eintritt, daß die Entente unter keinen Umständen, selbst wenn Rußland unter den härtesten Opfern noch einmal einen Teil der deutschen Streitkräfte auf sich ziehen würde, künftighin die den Endziele zu erreichen.